

Der Thüringer Beitrag zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in Ost und West

25 Jahre nach dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und der Ausweitung des politischen und wirtschaftlichen Modells der Bundesrepublik auf die ostdeutschen Bundesländer sind noch immer große ökonomische und politische Ungleichheiten zwischen Ost- und Westdeutschland erkennbar.

Unterschiede gibt es vor allem in der Wirtschaftsstruktur. In Ostdeutschland finden sich deutlich kleinere Betriebsgrößen und ein geringerer Anteil an hochproduktiven Branchen (IAB-Kurzbericht 17/2014). Vor allem Großbetriebe des produzierenden Gewerbes, in denen Endfertigung stattfindet, und Unternehmens- und Verwaltungszentralen sind kaum zu finden. Es fehlen also Betriebe, die ein hohes durchschnittliches Lohnniveau für viele Beschäftigte bieten können und ein wichtiger Grund sind, dass in Westdeutschland das Produzierende Gewerbe einen höheren Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung hat als im Osten (Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, S. 23 ff.). Diese Wirtschaftsstruktur ist eine Ursache für die Schwäche der Gewerkschaften. Nur 47 % (60 % West) der Beschäftigten in Ostdeutschland unterliegen Flächentarifverträgen, obwohl der Anteil der erfassten Betriebe mit 25 % (22 % West) höher als in Westdeutschland ist (Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2014, S. 45). Von einer umfassenden Vertretung in der Fläche kann daher kaum die Rede sein.

Die Konsequenz ist eine große ostdeutsche Niedriglohnregion in der Bundesrepublik, die auch den Druck auf Löhne und Gehälter im Westen erhöht. Das Median-Monatsentgelt in Ostdeutschland liegt auch heute noch bei nur 73,4 % West (2.139 Euro zu 2.916 Euro). Dabei haben höhere Nominallohnzuwächse in den letzten Jahren die Distanz zum Westen verringern können.

Wie das IAB feststellte, haben wir es jedoch mit einem Angleichungsprozess auf unterem Niveau zu tun. Ostdeutsche Regionen sind zunehmend mit wirtschaftlich schwachen Regionen in Westdeutschland vergleichbar, die Opfer einer stärkeren regionalen Differenzierung geworden sind. Gleichzeitig zeigt sich auch in Ostdeutschland eine stärkere regionale Differenzierung (vgl. IAB-Kurzbericht 17/2014). Regionen wie Leipzig und Dresden in Sachsen, das Berliner Umland in Brandenburg und die Städteachse Erfurt-Weimar-Jena in Thüringen entwickeln sich dynamisch und setzen sich von den demographischen Problemen des ländlichen Raums ab. Diese Form der Angleichung wird politisch genutzt um die Debatte über regionale Ungleichheiten in eine Neiddebatte zwischen ostdeutschen und wirtschaftsschwachen westdeutschen Regionen zu verwandeln.

Unterschiede zwischen Ost und West gibt es auch politisch. Der wichtigste dürfte die Stärke der LINKEN in allen ostdeutschen Bundesländern sein. Mit 28,2 % konnte DIE LINKE in Thüringen 2014 ihre Stärke bei Landtagswahlen auch gegen den Bundestrend bestätigen. Mit knapper Mehrheit konnte eine rot-rot-grüne Koalition gebildet werden, die am 5. Dezember Bodo Ramelow zum ersten LINKEN Ministerpräsidenten wählte. DIE LINKE.Thüringen steht dabei vor ähnlichen, teilweise noch größeren Herausforderungen wie bei jeder bisherigen Regierungsbeteiligung der LINKEN an einer ostdeutschen Landesregierung: Wie bleibt LINKE Politik in der Regierung erkennbar? Wie können wir einen realen Vorteil für die Menschen erreichen, den sie im Alltag spüren? Wie kann darüber hinaus unser sozialistisches Profil aussehen? Wie setzen wir erste Zeichen mit konkreten Transformationsprojekten? Und wie setzen wir dies in Zeiten knapper Kassen um?

Mit den begrenzten Möglichkeiten einer Landesregierung versucht DIE LINKE.Thüringen diese Fragen, auch die Problematik der wirtschaftlichen Ungleichheit zwischen Ost und West, in ihrem Regierungshandeln zu bearbeiten.

Der Kampf um solidarischen Ausgleich auf Bundesebene

Die große Chance, landes- und bundespolitisch Akzente auch bei der Angleichung von Lebensverhältnissen in Ost und West zu setzen, bietet sich der Thüringer Landesregierung derzeit vor allem beim Länderfinanzausgleich. Bodo Ramelow bemüht sich hier gemeinsam mit den anderen ostdeutschen Ministerpräsidenten in Verhandlung mit dem Bundesfinanzminister weiterhin um einen solidarischen Ausgleich zwischen Ost und West. Die Landesregierung kämpft dafür, den Ausgleich auf bisherigem Niveau, einen Ausgleich etwa der Hartz IV Lasten über 2019 hinaus, und damit die Förderung für die Neuen Länder, aufrecht zu erhalten.

Das Thüringer Finanzministerium schätzt, dass bei den derzeitigen Plänen des Bundesfinanzministeriums zum Wegfall dieser Zuschüsse bis 2020 zwischen 700 und 800 Mio. Euro zusätzlich aufgebracht werden müssten. Dies ist nicht allein aus einer Steigerung von Steuereinnahmen möglich. Das SPD geführte Finanzministerium hebt hervor, dass so die Schuldenbremse 2020 nicht zu erfüllen ist. Aus Sicht der LINKEN.Thüringen sicher kein Herzensthema. Dennoch ist die Frage Schuldenbremse nicht zu vernachlässigen, da gerade das scheinbare Versagen in der Finanzpolitik in der Öffentlichkeit zu Angriffen auf eine rot-rot-grüne Landesregierung führen wird.

LINKE Haushaltspolitik muss Unterschiede vor Ort beseitigen

Für DIE LINKE steht zudem ein anderer Aspekt beim Länderfinanzausgleich im Vordergrund. Die deutlich geringere Steuerkraft ostdeutscher Flächenländer mit 937 Euro pro Einwohner gegenüber den 1.817 Euro pro Einwohner der alten Bundesländer zeigt, dass die Angleichung von Lebensver-

hältnissen auch eine Überlebensfrage für linke Politik in Ostdeutschland ist, die mehr sein will als das kleinere Übel der (Elends)Verwaltung. Die Aufrechterhaltung der sozialen Infrastruktur in den Neuen Bundesländern beruht wesentlich auf der solidarischen Umlage der Geberländer. Einbrüche im Länderfinanzausgleich schnüren die Gestaltungsspielräume linker Haushalts- und Landespolitik weiter ein.

Dabei muss LINKE Haushalts- und Landespolitik dort ansetzen, wo die Überwindung von Ungleichheit konkret möglich ist. Dies betrifft nicht nur die Differenzen zwischen Ost und West, sondern auch die ungleiche Entwicklung innerhalb Ostdeutschlands.

Ein Schlüssel dazu ist für DIE LINKE in Thüringen die bessere finanzielle Ausstattung der Kommunen. Nicht anders als im Rest Ostdeutschlands haben auch zahlreiche Thüringer Kommunen einen gewaltigen Investitionsstau. Öffentliche Infrastruktur verfällt. Ohne zusätzliche Landesmittel ist ein annähernd gleichwertiger Lebensstandard nicht haltbar. Dazu kommt ein Umbau der Infrastruktur im Rahmen des demografischen Wandels, der den ländlichen Raum stärker als die Städteachse Erfurt-Weimar-Jena trifft. Daraus ergeben sich weitere Investitionsbedarfe um u.a. Barrierefreiheit (Wohnen, ÖPNV, Verkehrswege) zu verwirklichen und eine Pflegeinfrastruktur aufzubauen, die die Versorgung in der Fläche sicherstellt. Die Reform des Kommunalen Finanzausgleichs in Thüringen hat daher begonnen. Aufgabe der LINKEN wird es sein, sicherzustellen, dass starke Kommunen durch diesen nicht stärker gemacht werden und die Schwachen nur wenig abbekommen, sondern dass solidarischer Ausgleich im Vordergrund steht.

Mehr Geld auszugeben darf aber nicht das wichtigste Merkmal linker Politik sein. Wie und wofür Geld ausgegeben wird, ist ebenfalls eine Frage an LINKE Landespolitik. In Thüringen knüpft sich diese Frage maßgeblich an das Sprachmonster der Gemeinde-, Gebiets- und Verwaltungsreform. Der für eine deutlich höhere EinwohnerInnenzahl ausgelegte Verwaltungsapparat muss angepasst werden. DIE LINKE setzt dabei auf dezentrale Lösungen, die die Qualität vor Ort erhalten und stattdessen die verschiedenen Verwaltungsebenen zur Disposition stellen. Daher hat die rot-rot-grüne Koalition den Stellenabbaupfad im Koalitionsvertrag grundsätzlich bestätigt. Gerade DIE LINKE wird aber darauf bestehen, dass dies keinen pauschalen Stellenabbau im Öffentlichen Dienst bedeuten darf. Etwa im Bildungsbereich können Defizite wie Unterrichtsausfall und die Lernqualität nur mit mehr Personal gewährleistet werden. Gute Bildung ist eine Schlüssel- und Zukunftsfrage für die soziale Entwicklung des Einzelnen und das Maß an Gleichheit in einer Gesellschaft. Auch die ökonomische Entwicklung Thüringens ist von guter Bildung abhängig. Nicht umsonst hat DIE LINKE.Thüringen das Bildungsministerium beansprucht. Hier zieht die rot-rot-grüne Koalition weitestgehend an einem Strang. Gutes Beispiel dafür ist die Einstellung zusätzlicher LehrerInnen mit dem Landeshaushalt 2015.

Jenseits des Umsteuerns bei staatlichen Aufgaben wird die rot-rot-grüne Regierung auch Initiativen starten, um Thüringen vom Image des Niedriglohn-

landes zu lösen. Jahrelang warben die CDU-geführten Landesregierungen mit diesem Image und lockten Investoren aus Branchen wie Logistik an, die nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse bieten konnten. Eine Angleichung der Lebensverhältnisse an Westdeutschland bedeutet aber auch Beschäftigungsverhältnisse zu fördern, in denen mit Westdeutschland vergleichbare Löhne gezahlt werden. Die rot-rot-grüne Koalition hat daher vereinbart, Tarifverträge unter Moderation des durch Heike Werner geführten Sozial- und Arbeitsministeriums u.a. in der Pflege anzustreben. Auch in der Hochschulfinanzierung soll die Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Universitäten verankert werden. Das Sozial- und Arbeitsministerium kümmert sich zudem um die Durchsetzung des Mindestlohnes durch eine hohe Prüfdichte, dessen Einführung für etwa ein Viertel der Thüringerinnen und Thüringer zu einer Lohnerhöhung führte.

Möglichkeiten für DIE LINKE an der Spitze einer Landesregierung

Obwohl DIE LINKE.Thüringen in einer Koalition – auch mit einer in wesentlich Zügen bürgerlichen Partei wie den Grünen kooperiert, wird die Landesregierung von den Thüringerinnen und Thüringern als linke Regierung wahrgenommen. Entsprechend schärfer fällt die Auseinandersetzung mit rechts aus, aber entsprechend höher sind auch die Erwartungen der eigenen WählerInnen. Erwartungen der WählerInnen an eine „linke“ Landesregierung beschränken sich nicht nur auf landespolitische Themen, sondern beziehen bundespolitische Themen wie etwa die Ungleichheit zwischen Ost und West ein.

Diesen Erwartungen kann über die Staatskanzlei Thüringen etwa im Bundesrat Rechnung getragen werden. Die Präsenz auf der Bundesebene über die Regierungsspitze macht mehr Wirbel als dies den Koalitionsregierungen mit einer Beteiligung der LINKEN in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg möglich war bzw. noch ist. Ein gutes Beispiel dafür sind etwa die Verhandlungen über Flüchtlingsfragen, in denen die Thüringer Landesregierung für eine humane Flüchtlingspolitik kämpft und mit ihrer Haltung gerade den Rechtsschwenk der SPD-Bundesführung kontrastiert. Hinzu kommt als positiver Moment eine gesteigerte Öffentlichkeit für LINKE Politik über die Person Bodo Ramelow. Gutes Beispiel dafür ist sicherlich die Schlichtung im Tarifkonflikt Bahn und wie Ramelow dort seinen gewerkschaftlichen Standpunkt darlegen konnte. Gerade die authentische Identifikation mit der Person Ramelow spricht Menschen anders an als abstrakte Programme.

Aus diesen Möglichkeiten ergibt sich nicht nur eine Herausforderung für DIE LINKE.Thüringen, sondern auch für die Bundespartei und die Bundestagsfraktion. Diese müssen beginnen, sich darauf einzustellen, dass mit dem jetzigen Thüringer Einfluss im Bundesrat und hoffentlich zukünftig weiteren durch DIE LINKE geführten Landesregierungen andere Möglichkeiten der Intervention in der Bundespolitik gegeben sind bzw. weitere Arenen der politischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung hinzukommen. Gerade für die Bundestagsfraktion scheint es schwer zu sein, sich als Teamplayer et-

wa bei Bundesratsvorlagen zu erweisen. Hier vergibt die Partei Chancen linke Opposition auch über Landesregierungen wahrnehmen zu können. Mehr Kooperation ist im Interesse unserer WählerInnen nötig; gerade auch bei der Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen Ost- und Westdeutschen und gegen eine weitere regionale Differenzierung von Lebensverhältnisse in der ganzen Bundesrepublik.